

getroffen und später die ökonomischen Konsequenzen berechnet wurden. Jetzt wird unter Führung der Parteiorganisationen in der Kooperationskette der Kampf um die Senkung der Herstellungskosten des Traktors geführt, um den festgesetzten Preis und dabei die Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion zu sichern. Unter der nachdrücklichen Wirkung des Preises als ökonomischer Hebel treten auch die politisch-ideologischen Probleme schärfer hervor. Jetzt entscheidet sich, ob die objektiven Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution und des damit verbundenen Tempos tatsächlich ernst genommen werden und das ökonomische System des Sozialismus in seiner Gesamtheit erfaßt und Richtschnur des Handelns ist.

Im Industrierwerk Karl-Marx-Stadt und im Berliner Vergaser- und Filterwerk, beides Zulieferer für den ZT 300, stimmten leitende Wirtschaftsfunktionäre den geforderten Preis- und Kostensenkungen zu, aber sie stellten folgende „Bedingung“: Die Preisdifferenz sei von der Nettogewinnabführung an den Staatshaushalt abzusetzen. Sie meinten also: Wenn wir schon die Preise und die Selbstkosten senken, dann muß das Resultat voll in die Kasse des Betriebes fließen. Ihre Verantwortung für die Belange des sozialistischen Staatshaushaltes wollten sie offenbar ausklammern. Der volkseigene Betrieb ist als sozialistischer Warenproduzent aber nicht selbständig im Sinne von autonom, sondern eine Grundeinheit im System der sozialistischen Volkswirtschaft. An erster Stelle der Wahrnehmung der Eigenverantwortung für den betrieblichen Reproduktionsprozeß stehen die gesellschaftlichen Erfordernisse und Interessen, mit denen die betrieblichen Belange und persönlichen Interessen in Einklang zu bringen sind — nicht umgekehrt. Die Parteiorganisationen müssen in solchen Fällen ideologisch die Sache erst einmal vom Kopf auf die Füße stellen, damit die Ausgangspunkte klarwerden. Deshalb hat der Weltstandsvergleich in Qualität und Kosten auch eine so entscheidende Bedeutung für die politisch-ideologische Arbeit der Grundorganisationen. Das trifft nicht nur für die Parteiorganisationen der Finalproduzenten und Exportbetriebe zu, die unmittelbar mit dem Weltmarkt konfrontiert sind, sondern auch für jene in den Zulieferbetrieben.

Indem die Parteiorganisationen diese Frage in den Mittelpunkt rücken und dafür sorgen, daß Vorbehalte sowie Nachlässigkeit bei der Durchführung des Weltstandsvergleichs und der offenen Information an die Belegschaften überwunden werden, schaffen sie qualitativ neue Ausgangspositionen für das Mitplanen, Mitarbeiten und Mitregieren aller Werktätigen, für die wissenschaftliche Durchdringung des gesamten Reproduktionsprozesses mit Hilfe einer exakten Kostenrechnung.

Die Werktätigen verzichten auf den von Krämern der imperialistischen Ideologie feilgebotenen Ratschlag, eine „Marktwirtschaft“ einzuführen. Man will uns einen historischen Ladenhüter andrehen, der im staatsmonopolistischen Spätkapitalismus selbst nicht mehr abgenommen wird. Wir wissen, daß gerade der planmäßige, bewußt auf die gesellschaftlichen Erfordernisse, auf das Wohl der Werktätigen des sozialistischen Staates gerichtete Einsatz der Fonds eines der Merkmale ist, die den Sozialismus vom Kapitalismus unterscheiden. Kein sozialistischer Eigentümer legt Wert darauf, „erst auf dem Markt“ zu erfahren, ob er bedarfsgerecht, kostengünstig und rentabel produziert. Wissenschaftliche Voraussicht und bewußtes Handeln der Werktätigen sind bessere Ratgeber, wie das stabile Wachstum des Nationaleinkommens, der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, der Investitionen und des Lebensstandards der DDR überzeugend beweisen.

Die kritische Auseinandersetzung in den Parteiorganisationen mit der Kostenrechnung hat erneut bekräftigt: Die Betriebskollektive, die das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik als eine politisch bedeutsame Aufgabe verwirklichen, gelangen zu höherer Qualität der Mitarbeit aller Werktätigen und zu höherem Effekt.

Demokratischer
Zentralismus
und Kontrolle